

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Dienstag haben wir im Ministerrat weitere vorsichtige Öffnungen beschlossen: **Gärtnereien, Gartenmärkte, Baumschulen und Blumenläden können ab 1. März wieder öffnen.**

Auch dürfen wieder **Dienstleistungen von Friseuren und weiteren sogenannten körpernahen Dienstleistungen**, die dem Zwecke der Körperhygiene und -pflege dienen, in Anspruch genommen werden. Zudem können **Musikschulen**



ihre Türen für Einzelunterricht öffnen. Doch das genügt uns FREIEN WÄHLERN im Landtag nicht. Sehr wohl die Entwicklung des Infektionsgeschehens im Blick, müssen wir beim derzeitigen Frühlingswetter die Außengastronomie zeitnah öffnen.

Ein sehr wichtiger Baustein im Hinblick auf weitere Öffnungsperspektiven sind jedoch schnell verfügbare Corona-Schnelltests für die Eigenanwendung. Die sind denkbar einfach und bieten ein für jeden Laien beherrschbares Verfahren. Wir sind überzeugt: Die Tests sind ein wirksames Mittel, um **weitere Öffnungsperspektiven umzusetzen und trotzdem ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten.** Selbsttests müssen deshalb schnellstens bayern- und bundesweit verfügbar werden. Erste Genehmigungen dafür wurden diese Woche von der Bundesregierung erteilt. Bedenken wir jedoch die Menge an Tests, die allein in Bayern in den kommenden Wochen und Monaten benötigt werden, gibt es noch viel zu tun.

Corona-Strategie

Öffnungen zum 1. März

- ✓ **Friseure & Kosmetikstudios**
- ✓ **Blumenläden, Gartenmärkte, Gärtnereien, Baumärkte**
- ✓ **Einzelunterricht an Musikschulen**

#AngepacktFürBayern

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Immerhin: Die drei gerade zugelassenen Schnelltests können voraussichtlich in der kommenden Woche an Bayerns Schulen und Kitas zum Einsatz kommen, was uns sehr freut! Denn gerade an

unseren Bildungseinrichtungen sollen sie die so dringend benötigte Normalität wiederherstellen. Ein **geregelter Alltag ist gerade für die Jüngsten unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung** und trägt wesentlich zur psychischen Gesundheit auch in dieser belastenden Krisensituation bei. Diese Initiative der Staatsregierung zeigt einmal mehr, dass die bayerische Teststrategie für Schulen und Kitas ständig fortentwickelt wird. Das unterstützen wir FREIE WÄHLER im Landtag nachdrücklich. **Mehr Normalität in der Corona-Krise setzt unbürokratisch umsetzbare Sicherheitsstrategien voraus – und damit insbesondere mehr Testungen auf das Coronavirus, um einer weiteren Ausbreitung der Pandemie den Nährboden zu entziehen. Deshalb ist es gut, dass die Selbsttests auch Kitas zur Verfügung stehen werden.**

Corona-Selbsttests – mehr Anbieter zulassen



Einen bedeutenden Schritt zu mehr Normalität und Freiheit sehen wir in der bundesweiten Zulassung von Corona-Schnelltests zur Eigenanwendung. Doch erst in dieser Woche kündigte Bundesgesundheitsminister Spahn unter großem politischen Druck deren Zulassung an. Bei uns FREIEN WÄHLERN im Landtag läuft er damit offene Türen ein, denn die Hersteller haben längst für volle Lager gesorgt: Allein im schwäbischen Königsbrunn liegen über eine Million

Tests zur sofortigen Anwendung bereit. 800.000 Stück wurden erst kürzlich für Selbsttests nach Österreich exportiert. In Deutschland durften Schnelltests bisher nur zur Anwendung unter professioneller Anleitung vertrieben werden, da für die Zulassung zur Eigenanwendung noch keine klaren Kriterien vorlagen. **Weil es bei Corona schlicht um Leben und Tod geht, fordern wir als FREIE WÄHLER-Fraktion, dass die Bundespolitik nach dem Debakel bei der Impfstoffbeschaffung nun wenigstens bei den Corona-Selbsttests pragmatisch vorgeht und mehr als die drei bisher vorgesehenen Anbieter genehmigt.**

Neben der Corona-Pandemie dürfen wir aber auch die vielen weiteren Themen nicht vernachlässigen, die uns als Gesellschaft beschäftigen. Deshalb setzen wir uns in Ausschüssen, Arbeitskreisen und Plenarsitzungen

weiterhin mit aller Kraft dafür ein, dass unser Freistaat für die Zukunft gut gerüstet ist.

R ü c k b l i c k

Intensivierung der bayerisch-schottischen Beziehungen

„Bayern und Schottland – eine langjährige Freundschaft, die über den Brexit hinaus verbindet“ – so lautet ein Antrag von uns FREIEN WÄHLERN im Landtag zusammen mit unserem Koalitionspartner, der am 23. Februar im Europaausschuss behandelt wurde. **Ziel des Antrags ist es, die seit Jahrzehnten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Schottland zu intensivieren.** So soll der parlamentarische Austausch gestärkt, die bayerisch-schottische Wirtschaftskooperation vertieft und – wo möglich – institutionalisiert werden.



In den Bereichen Startup-Kultur, nachwachsende Rohstoffe und regenerative Energien, Wasserstoff, Automotive und Logistik, Agriinnovation sowie Raumfahrt und Robotik sehen wir gute Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit. Auch Forschungspartnerschaften mit Hochschulen sind denkbar. Zudem können bestehende und neue Städtepartnerschaften die Zusammenarbeit zwischen Verbänden und Kammern sowie die

Gründung einer bayerisch-schottischen Gesellschaft zu einer Intensivierung der Beziehungen beitragen. Wir FREIE WÄHLER im Landtag sehen außerdem die Notwendigkeit, auch die **Jugend künftig stärker einzubinden.** Prominente Teilnehmerin am Europaausschuss war die Vorsitzende des Europaausschusses im schottischen Parlament **Joan McAlpine**, die den Brexit und seine Folgen für die schottisch-bayerischen Beziehungen thematisierte. Mit dem Brexit haben wir die historisch einmalige Chance, einen Quantensprung in den bayerisch-schottischen Beziehungen zu vollziehen. Jetzt gilt es, auf innovative Zukunftsthemen zu setzen. **Für die Schotten ist die Brücke nach Europa von entscheidender Bedeutung. Bayern kann dabei ein Brückenkopf sein – und selbst davon profitieren.**

Bahnstrecken im ländlichen Raum reaktivieren



Der Freistaat Bayern verfügt über ein Eisenbahn-Streckennetz von rund 6.000 Kilometern. Um vor allem die Infrastruktur im ländlichen Raum zu unterstützen, arbeiten wir FREIE WÄHLER im Landtag weiterhin mit Hochdruck daran, dass **Eisenbahnstrecken im ländlichen Raum reaktiviert** werden. Am Dienstag diskutierte der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr die dazu **notwendigen Infrastrukturvorbereitung bei den betroffenen Bahnstrecken.**

Unsere Forderung ist, dass der Freistaat hierfür in Zukunft finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Palmöl – mehr Transparenz beim Einsatz und Verbrauch

Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz setzten wir uns mit einem Antrag für mehr Transparenz bezüglich des **Imports und der Verarbeitung von Palmöl** ein. Wir wollen mehr Klarheit darüber, welche Mengen an Palmöl nach Bayern importiert und wozu diese verarbeitet werden. Denn Palmöl ist ein höchst umstrittener Rohstoff, der in einer kaum überschaubaren Anzahl von Lebensmitteln und anderen Produkten vorkommt – etwa in Chemie-, Wasch- und Reinigungsmitteln. **Der Anbau von Ölpalmen ist mit starken ökologischen Folgen für die produzierenden Regionen verbunden; Tropenwaldflächen werden großflächig abgeholzt.** Auf diese Weise verlieren zahlreiche, bereits bedrohte Arten ihren Lebensraum.



Zudem werden bei der Brandrodung Gase freigesetzt, die sich negativ auf unser Klima auswirken. Auch für Konsumenten ist der Verbrauch von Palmöl nicht unbedenklich: **Bei der Verarbeitung kann es im Vergleich zu**

anderen Pflanzenölen zu einer erhöhten Konzentration bestimmter Fettschadstoffe kommen. Diese sind häufig krebserregend. Befragungen der Verbraucherzentrale Bayern haben gezeigt, dass sich Hersteller der Problematik palmöhlhaltiger Lebensmittel zwar bewusst sind, der Verzicht aus ihrer Sicht allerdings nicht möglich ist. Damit sowohl die klimarelevanten Begleitschäden als auch die gesundheitlichen Nachteile weitestgehend beseitigt werden können, **liegt es uns FREIEN WÄHLERN im Landtag sehr am Herzen, die Anwendung von Palmöl zu reduzieren und durch regional erzeugte Alternativen zu ersetzen.**

Klimareport 2020/2021 - Erderwärmung begrenzen

Das bayerische Umweltministerium stellte am Mittwoch den Klimareport 2020/2021 vor. Bei der von Umweltminister Thorsten Glauber angesetzten Pressekonferenz wird einmal mehr deutlich, dass der Klimawandel längst auch Bayern erreicht hat. **Jetzt gilt es, die Erderwärmung durch entschiedenes Handeln zu begrenzen – auf globaler Ebene wie vor Ort.** Denn der weltweite Anstieg der Temperaturen über lange Zeiträume hat gravierende Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Deswegen ist es so wichtig, dass wir das Klimaschutzabkommen von Paris auch auf lokaler Ebene mittragen. Den dazu erforderlichen strategischen Rahmen hat der Umweltminister bereits geschaffen: **Mit dem Klima-Paket, das rund 100 Einzelmaßnahmen umfasst und einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht, sowie einem ehrgeizigen Klimaschutzgesetz hat Bayern das Rüstzeug für mehr Klimaschutz schon an der Hand.** Die Staatsverwaltung soll bis 2030 klimaneutral werden – bis 2050 soll dann der gesamte Freistaat folgen.

Der Klimareport ist Beleg dafür, dass wir diesen Weg jetzt aktiv weitergehen müssen – dann kann Bayern zu einem echten Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden! Und noch eins zeigt der Bericht ganz deutlich: **Der Klimawandel hat auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft. Thorsten Glauber hat die Zeichen der Zeit erkannt und als erster Bayerischer Umweltminister den Wasserschutz ganz oben auf seine politische Agenda gesetzt.**

Entschärfung des Polizeiaufgabengesetzes

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag haben ein weiteres Versprechen aus Oppositionszeiten eingelöst: Die Ergebnisse der von der Staatsregierung eingesetzten unabhängigen Expertenkommission zur Begleitung des neuen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) wurden ausführlich evaluiert und ihre Empfehlungen unverändert umgesetzt. **Zudem haben wir an zahlreichen Stellen im PAG Richtervorbehalte explizit**

festschreiben lassen und den Anwendungsbereich des Begriffs der ‚drohenden Gefahr‘ deutlich eingeschränkt.

Zur klaren Abgrenzung haben wir dafür Sorge getragen, dass die **Befugnisse auf Grundlage ‚drohender Gefahr‘ und ‚konkreter Gefahr‘ gesondert und explizit definiert wurden.**



„Wir haben uns bereits im Jahr 2018 als Oppositionsfraktion für eine Entschärfung des Polizeiaufgabengesetzes stark gemacht. Daher freuen wir uns sehr, dass wir dieses Ziel nun in Regierungsverantwortung durchgesetzt haben.“

Wolfgang Hauber,
innenpolitischer Sprecher

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Es freut uns sehr, dass wir das Ziel der Entschärfung jetzt in Regierungsverantwortung durchgesetzt haben.

Krankenhausrettungsschirm verlängern

Die anhaltende Corona-Pandemie bedeutet für bayerische Kliniken große wirtschaftliche Unsicherheit und Erlösausfälle. Daher forderten wir mit einem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, sich im Bund weiterhin mit Nachdruck für den Erhalt der Versorgungssicherheit durch bayerische Krankenhäuser einzusetzen. Seit Herbst 2020 sind die Krankenhäuser von steigenden Erlösausfällen betroffen, die im Januar 2021 bereits auf durchschnittlich über 20 Prozent stiegen. **Der im vergangenen Jahr aufgelegte Krankenhaus-Rettungsschirm der Bundesregierung endet an diesem Sonntag – die Pandemie allerdings nicht!** Deshalb wollen wir Erlösausfälle der Krankenhäuser auch 2021 so verbindlich ausgeglichen wissen wie im vergangenen Jahr. Der Krankenhaus-Rettungsschirm muss dazu verlängert werden!

Aufstockung beim Investitionsprogramm Landwirtschaft

Seit 11. Januar können Landwirte Anträge auf Mittel aus den Investitionsprogrammen Landwirtschaft und nachhaltige Waldwirtschaft des Bundes beantragen. Mit dem Geld will die Regierung Landwirte unterstützen, in umweltschonende Techniken zu investieren. Doch schon jetzt ist klar: Die sogenannte „Bauernmilliarde“ wird nicht reichen. **Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die FREIE WÄHLER-Fraktion die Staatsregierung deshalb am Mittwoch im Plenum auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, die Mittel des**

Modernisierungsprogramms nicht nur aufzustocken, sondern die Befristung für Zuwendungsbescheide auch angemessen zu verlängern. Die Landwirtschaft steht aktuell vor enormen Herausforderungen: Die Corona-Pandemie hat zu Umsatzeinbußen geführt und



Transformationsprozesse beschleunigt, der Klimawandel treibt die Verknappung der kostbaren Ressource Wasser an und mit immer neuen Vorgaben

aus Brüssel geraten die Bauern regulatorisch zunehmend unter Druck. Auch die Waldbauern leiden unter den Folgen des Klimawandels bereits erheblich. **Insofern ist das großangelegte Investitionsprogramm aus Berlin ausdrücklich zu begrüßen.** Allerdings reichen die bereitgestellten Mittel keinesfalls aus. Auch die Fristen für die Anschaffung umweltfreundlicher Maschinen sind zu knapp bemessen. **Das Programm kann zu einer echten Triebfeder der Erneuerung werden und der Landwirtschaft den dringend nötigen Innovationsschub verpassen. Es wäre überaus bedauerlich, wenn sein Potenzial nur deshalb nicht ausgeschöpft wird, weil der Bund jetzt an der falschen Stelle spart und zu kurze Fristen setzt.**

Was Bayern bewegt

Sie wollen einen Blick in unsere tägliche Arbeit im Landtag werfen? Dann schauen Sie doch einmal auf unserem [FREIE WÄHLER YouTube Kanal](#) **[KLICK]** vorbei. Unser

Fraktionsvorsitzender Florian Streibl greift hier jede Woche in seinem „**Wochendurchblick**“ Themen auf, die uns im Freistaat bewegen. Hier geht's zum [aktuellen Video!](#) **[KLICK]**



Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende und bitte bleiben Sie gesund!

Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck